



BfDI

Der Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

POSTANSCHRIFT Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Postfach 1468, 53004 Bonn

Frau
Alexandra Krüger

Nur per E-Mail:
a.kruger.1.3czafmbmg9@fragdenstaat.de

HAUSANSCHRIFT Husarenstraße 30, 53117 Bonn

FON (0228) 997799-2505

FAX (0228) 997799-5550

E-MAIL referat25@bfdi.bund.de

BEARBEITET VON Herr Dr. Pokorny

INTERNET www.informationsfreiheit.bund.de

DATUM Bonn, 20.04.2020

GESCHÄFTSZ. 25-721/002 II#0347

**Bitte geben Sie das vorstehende Geschäftszeichen
bei allen Antwortschreiben unbedingt an.**

BETREFF **Vermittlung bei Ihrer Anfrage „Corona flächenweite Tests zur sofortigen Eindämmung“ [#183280] beim Bundesministerium für Gesundheit**

BEZUG Ihre E-Mail vom 30. März 2020

Sehr geehrte Frau Krüger,

ich danke Ihnen für Ihre Bitte um Vermittlung bei Ihrer Anfrage vom 24. März 2020 beim Bundesministerium für Gesundheit (BMG). Vorsorglich weise ich darauf hin, dass meine Anrufung in einem IFG-Verfahren Rechtsbehelfsfristen weder hemmt noch unterbricht.

Sie haben das BMG danach gefragt, ob es einen Plan habe, Corona zu stoppen und bitten ggf. um eine Kopie. Auf Ihre Anfrage hat das BMG per E-Mail vom 30. März 2020 um Verständnis dafür gebeten, dass es angesichts der Vielzahl von Anfragen nicht individuell antworten könne. Allerdings enthielt die E-Mail des BMG auch eine Vielzahl von Hinweisen zu weiteren Informationen nebst Links zum Thema „Coronavirus“ und dessen Eindämmung auf Internetseiten sowohl des BMG und der Bundesregierung als auch von anderen Behörden und Institutionen. Die verlinkten Informationen werden offenbar auch ständig aktualisiert und ergänzt.

In der Sache möchte ich Ihnen folgende Hinweise geben:

Der Anspruch auf Informationszugang nach § 1 Abs. 1 des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) bezieht sich auf vorhandene, in konventionellen (Papier-)Akten oder zunehmend auch elektronischen Akten der Bundesbehörden verkörpert Informationen. Das IFG eröffnet keinen Anspruch auf rechtliche Beratung oder Information zu Überlegungen der Bundesregierung z.B. im Bereich der Gesundheitsvorsorge, sofern derartige Überlegungen noch nicht in konventionellen oder elektronischen Akten verkörpert sind. Die Vermittlungsfunktion des BfDI nach § 12 Abs. 1 IFG ist dementsprechend auf Fälle begrenzt, in denen der Zugang zu Informationen im



BfDI

Der Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

Seite 2 von 2

oben geschilderten Sinn aus Sicht des Antragstellers nicht oder nur teilweise gewährt wird, die Behörde die gesetzliche Fristvorgabe des § 7 Abs. 5 IFG nicht beachtet und/oder unzulässig hohe Gebühren für den Informationszugang fordert. Sonstige Anfragen wie insbesondere allgemeine Bürgeranfragen oder Bitten um Rechtsauskunft sind keine IFG-Anträge im Sinne dieses Gesetzes. Der BfDI kann hier deshalb nicht vermittelnd in der gesetzlichen Ombudsfunktion tätig werden.

Soweit Sie sich hingegen auf solche amtlichen Informationen wie insbesondere aktenmäßig vorhandene Dokumente beziehen und hierzu Zugang (z.B. durch Übermittlung einer Kopie) verlangen, ist das IFG einschlägig. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Behörden Auskünfte gemäß § 7 Abs. 3 IFG auch elektronisch erteilen können. Darüber hinaus sollen sie nach § 11 Abs. 3 IFG weitere geeignete Informationen in elektronischer Form zugänglich machen. Sofern ein Antragsteller sich die begehrten Informationen in zumutbarer Weise aus allgemein zugänglichen Quellen beschaffen kann, kann ein IFG-Antrag durch die Behörde nach § 9 Abs. 3 IFG abgelehnt werden. In den Hinweisen und Links in der Mail des BMG kann man ggf. einen solchen Verweis auf allgemein zugängliche Dokumente zur geplanten Bekämpfung von Corona auffassen. Sofern Sie darüber hinaus am Zugang zu konkreten Dokumenten des BMG interessiert sind, stelle ich Ihnen anheim, dies gegenüber dem Ministerium zu konkretisieren.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Dr. Pokorny

Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.